



Rechtsausschuss

8. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

31. Januar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.05 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (F.D.P.)

Stenograf(in): Heike Niemeyer (Federführung), Christoph Filla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/400 und 13/620

Vorlage 13/304

1

- Bericht des Justizministers
- Diskussion

*) vertraulicher Teil s. Vertr. APr 13/2

2 Biogas nutzen: Große Chancen für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen - Landesinitiative Biomasse starten

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/464

10

Der Ausschuss gibt keine Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz ab.

**3 Verfassungsgerichtliches Verfahren
wegen der Behauptung der Stadt Rheinberg, der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

VerfGH 42/00
Vorlage 13/353

10

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, keine Stellungnahme abzugeben.

**4 Verfassungsgerichtliches Verfahren
des Landesmitfrauenverbandes NRW der Feministischen Partei DIE FRAUEN wegen der Feststellung, dass der Antragsgegner das Recht der Antragstellerin auf Gleichheit der Wahl und auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb verletzt hat**

VerfGH 2/01
Vorlage 13/430

11

Der Ausschuss verständigt sich darauf, eine Stellungnahme in einer Sondersitzung des Ausschusses am 14. Februar, 9.50 Uhr, zu beschließen.

Im Übrigen beauftragt er die Obleute der Fraktionen, für den Umgang mit verfassungsgerichtlichen Verfahren, in denen der Landtag in seiner Organstellung betroffen ist, Vorschläge für eine generelle Vorgehensweise zu unterbreiten.

- 5** **Überdurchschnittlicher Anstieg der Telefonüberwachung in NRW im Jahr 1999** 11
- Bericht des Justizministers
 - Diskussion
- 6** **Erhaltung der nationalen Patentgerichtsbarkeit** 15
- Vorlage 13/296
- Bericht des Justizministers
 - Diskussion
- 7** **Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/187
- in Verbindung damit
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/457
- in Verbindung damit

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/462

18

- Anmerkungen zur vorgesehenen Anhörung

8 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/288

in Verbindung damit

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen -
Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung**

Gesetzentwurf
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 13/326

in Verbindung damit

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/419

18

- Anmerkungen zur vorgesehenen Anhörung

9 Projekt des Caritas-Verbandes Geldern "Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe"

19

- Bericht des Justizministers

7 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/187

in Verbindung damit

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/457

in Verbindung damit

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/462

Hans-Willi Körfges (SPD) fragt, ob der Rechtsausschuss für die am 8. März stattfindende Expertenanhörung des Hauptausschusses Sachverständige benennen dürfe. - Da der Rechtsausschuss vom Hauptausschuss nur nachrichtlich über diese Anhörung informiert worden sei, geht **Vorsitzender Dr. Robert Orth** davon aus, dass im Rahmen der mittlerweile abgeschlossenen Planung der Anhörung auch die Einladung von Sachverständigen stattgefunden habe. - Im Schreiben vom 26. Januar 2001 stehe, dass der Rechtsausschuss Sachverständige benennen dürfe, wirft **Peter Biesenbach (CDU)** ein.

Hans-Willi Körfges (SPD) bekundet das Interesse seiner Fraktion, Herrn Professor Dr. Gusy aus Bielefeld als zusätzlichen Sachverständigen einzuladen.

8 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/288

in Verbindung damit